

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 08.07.2011, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:50 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Bericht der Verwaltung	6
2. Veränderte Berechnungsgrundlagen der Heu- beck AG: Ergebnisverbesserung durch vermin- derte Pensionsrückstellungen	7
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und 087/2011 Auszahlungen 2010	9
4. Konzept zum Aufbau eines Kapitalstocks zur 098/2011 Abfederung künftiger Pensionszahlungen	10
5. Änderung der Satzung zur Erhebung und zur 073/2011 Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruch- nahme von Angeboten der Förderung von Kin- dern in Tageseinrichtungen (Kindergarten- Beitragssatzung)	11
6. Änderung der Satzung zur Erhebung und zur 075/2011 Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruch- nahme von Angeboten der Förderung von Kin- dern in der Kindertagespflege (Kindertagespfe- ge-Beitragssatzung)	12
7. Vorstellung des Erfahrungsberichts Rettungs- wesen 2010	13

8.	Beteiligung der ECOWEST GmbH an der DIE-SELWEST GmbH	089/2011	15
9.	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes	080/2011	16
10.	Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland - Stellungnahme Kreis Warendorf	077/2011	17
11.	Antrag der Stadt Ennigerloh auf Bezuschussung eines Radweges	091/2011	18
12.	Verwendung der Mittel nach § 11 a ÖPNV-Gesetz (Ausbildungsverkehr-Pauschale) - Allgemeine Vorschrift für die Förderung	039/2011	19
13.	Verwendung der Mittel nach § 11 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz (ÖPNV-Pauschale) - Förderrichtlinie	040/2011	20
14.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	094/2011	21
15.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Carsharing	102/2011	22
16.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Belieferung der Kreisimmobilien mit Ökostrom	093/2011	23
17.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zu RWE-Gremien	097/2011	24
18.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Erstellung eines Kreisentwicklungsprogramms	109/2011	25

II. Nichtöffentlicher Teil

1.	Direktvergabe RVM	079/2011	26
2.	Vergabe des Auftrages zur Lieferung eines neuen Schmalspur-Geräteträgers für den Bauhof Beckum	090/2011	27
3.	Einsatz von Integrationshelfern an Schulen hier: Abschluss einer Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung	074/2011	28

Anlagen

- Anlage 1 Powerpointpräsentation zum TOP I 2 "Veränderte Berechnungsgrundlagen der Heubeck AG: Ergebnisverbesserung durch verminderte Pensionsrückstellungen"
- Anlage 2 Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 06.07.2011 zum TOP I 2 "Veränderte Berechnungsgrundlagen der Heubeck AG: Ergebnisverbesserung durch verminderte Pensionsrückstellungen"
- Anlage 3 Powerpointpräsentation zum TOP I 7 "Vorstellung des Erfahrungsberichts Rettungswesen 2010"
- Anlage 4 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 27.06.2011 zum TOP I 7 "Vorstellung des Erfahrungsberichts Rettungswesen 2010"
- Anlage 5 Erläuterungen der Verwaltung zum TOP I 15 "Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Carsharing"

Anwesend:

Vorsitz	
Gericke, Olaf Dr.	
Mitglieder des Kreisausschusses	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Birkhahn, Astrid	
Buschkamp, Franz-Josef	
Diekhoff, Markus	
Eisenhuth, Hans-Heinrich	
Gerwing, Theresia	
Hild, Karl-Wilhelm	
Kaup, Winfried	
Kreft, Peter	
Lindstedt, Cornelia	
Möllmann, Rolf	
Nahrman, Rudolf	
Ommen, Detlef	
Schulte, Stephan	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Ali Bas
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Hansen, Peter Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Kampelmann, Norbert	
Seidel, Sebastian	
Grote, Gisela-Helga	

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreisausschusses
Bas, Ali

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses sowie die Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 27.06.2011 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Ferner führt Landrat Dr. Gericke aus, dass er die Tagesordnung wie mit dem elektronisch versandten Schreiben vom 07.07.2011 angekündigt um den TOP I.2 "veränderte Berechnungsgrundlagen der Heubeck AG: Ergebnisverbesserung durch verminderte Pensionsrückstellungen" ergänzen wolle. Eine Erweiterung der Tagesordnung sei im Ausnahmefall durch einstimmigen Beschluss möglich.

Die Erweiterung der Tagesordnung um den o.a. TOP wird einstimmig beschlossen.

Des Weiteren weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass die Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 06.07.2011 zu den Berechnungsgrundlagen der Heubeck AG als Tischvorlage ausliege.

I. Öffentlicher Teil**1. Bericht der Verwaltung**

- **Bildungs- und Teilhabepaket**

Kreisdirektor Dr. Börger führt aus, dass die Öffentlichkeitsarbeit noch intensiviert wurde. So habe der Landrat in Frage kommende Familien angeschrieben sowie in Schulen und Kindertageseinrichtungen Informationsmaterialien ausgelegt. Die Entwicklung der Antragszahlen sei positiv; ca. 25 % der Anspruchsberechtigten hätten bisher einen Antrag gestellt.

Auf Nachfrage von Frau Arnkens-Homann erläutert Kreisdirektor Dr. Börger ferner, dass die Bildungs- und Teilhabeleistungen der Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber von den Kommunen gewährt und abgerechnet werden.

Es liege derzeit der Entwurf einer Rechtsverordnung des Landes vor, wonach die Städte und Gemeinden durch die Kreise zur Aufgabenerfüllung hinsichtlich der Wohngeld- und KiZ-Kinder herangezogen werden könnten.

Die Dienstbesprechung mit den Bürgermeistern am 16.06.2011 habe ergeben, dass keine Delegation für den Personenkreis der Wohngeld- und Kinderzuschlagsempfänger gewünscht werde.

Die Leistungsprüfung und –gewährung für die vom Kreis gewährten Leistungen solle räumlich an die Regionalstellen des Jobcenters in Warendorf, Beckum und Ahlen angedockt werden und ab dem 01.01.2012 an das Amt 56 übertragen werden.

Kreisdirektor Dr. Börger weist außerdem darauf hin, dass für die Schulsozialarbeit 800.000 € pro Jahr auf drei Jahre befristet bereitgestellt werden. Bei einer möglichen Neueinstellung von Schulsozialarbeitern sei damit zu rechnen, dass nach Ablauf der drei Jahre die Kommunen die Kosten ohne Ausgleich weiter tragen müssten. Vor den Sommerferien solle ein neuer Erlass hierzu folgen. Anschließend solle das weitere Vorgehen in den Gremien beraten werden.

Landrat Dr. Gericke bietet an, das Thema Bildung und Teilhabe demnächst wieder aufzugreifen und die Zuständigkeiten und Antragszahlen übersichtlich aufzubereiten. Dies stößt auf Anklang.

2.	Veränderte Berechnungsgrundlagen der Heubeck AG: Ergebnisverbesserung durch verminderte Pensionsrückstellungen	
----	---	--

Landrat Dr. Gericke erläutert die Ergebnisverbesserungen bei den Pensionsrückstellungen des Kreises Warendorf anhand des als **Anlage 1** beigefügten Powerpointvortrags.

Kreiskämmerer Dr. Funke beantwortet die Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion, welche als Tischvorlage (**Anlage 2**) ausliegt.

KK Dr. Funke erläutert, die Berechnung der Firma Heubeck für den 31.12.2011 sei am 10.05.2011 eingegangen. Die Ergebnisse seien im Finanzstatusbericht verwandt worden, welcher zum Stichtag 31.05.2011 erstellt wurde. Der Kreis sei darum bemüht, der Politik und den Bürgern seriöse Informationen zu liefern; eine einzelne Verbesserung für den Haushalt dürfe jedoch nicht isoliert betrachtet werden, da die Verbesserungen an anderer Stelle ausgeglichen werden könnten.

Des Weiteren berichtet KK Dr. Funke, dass in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 16.06.2011 keine konkreten Vereinbarungen getroffen worden seien. Eine mögliche Auskehrung der Verbesserungen sei nur dem Grunde, nicht der Höhe nach angesprochen worden.

Herr Nahrman zeigt sich zufrieden mit der Beantwortung der Anfrage. Aus Sicht der FWG-Fraktion seien die geplanten Billigkeitsmaßnahmen ausreichend. Er zieht seinen in der Anfrage enthaltenen Antrag zurück.

Herr Hild führt aus, dass der Kreis sich gemeindefreundlich verhalte; davon unabhängig handle es sich bei der Bemessung der Kreisumlage um eine Entscheidung auf Kreisebene.

Herr Thiel sagt, er sei zufrieden mit dem beabsichtigten rechtssicheren Vorgehen.

Auf Bitte von Frau Arnkens-Homann sagt Landrat Dr. Gericke für die Zukunft eine noch frühzeitigere Information der Fraktionsvorsitzenden zu, wenn Kreisangelegenheiten mit den Bürgermeistern besprochen werden.

Herr Diekhoff stellt heraus, dass dem Kreis sehr daran gelegen sei, die Kommunen zu entlasten. Er begrüße die vorgesehene schnelle und unbürokratische Auskehrung an die Städte und Gemeinden.

Bei der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Kreistagsfraktion Die Linke herrscht Enttäuschung und Unverständnis, was die vehemente Argumentation einiger Bürgermeister in den Medien anbelangt.

Landrat Dr. Gericke kündigt an, dass die Verwaltung noch prüfen werde, ob die Reduzierung der Kreisumlage im Januar 2012 im Rahmen der Haushaltssatzung 2012 oder als Geschäft der laufenden Verwaltung vorgenommen werden könne.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2010	087/2011
----	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Konzept zum Aufbau eines Kapitalstocks zur Abfederung künftiger Pensionszahlungen	098/2011
-----------	--	-----------------

Herr Hild äußert, er habe kein Verständnis für die negative Berichterstattung in der Zeitung hinsichtlich der Pensionsrückstellungen. Es sei bewusst das Klischee von faulen Beamten bedient und geschürt worden, welches auf die Beamten der Kreisverwaltung Warendorf nicht zutreffe.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel des vorhandenen Kapitalstocks (bis Ende 31.12.2011 voraussichtlich rd. 6,5 Mio. €) in den kvw-Versorgungsfonds und in einem noch auszuwählenden Wertsicherungsfonds anzulegen.
2. Zukünftig sollen dem Kapitalstock jährliche Zahlungen i.H.v. mindestens 1 Mio. € zugeführt werden. Das nähere regelt der jeweilige Haushaltsplan.
3. Der Abschluss einer Rückdeckungsversicherung ("Lebensversicherung") für junge Beamte wird geprüft.
4. Abfindungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sind ebenfalls dem Kapitalstock zuzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Änderung der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Kindergarten-Beitragsatzung)	073/2011
----	---	-----------------

Kreisdirektor Dr. Börger führt aus, dass die Satzungsänderung bereits jetzt beschlossen, aber erst veröffentlicht werden solle, wenn der Landtag den Kabinettsentwurf zur Ersten Änderung des KiBiz verabschiede; dies geschehe voraussichtlich am 20.07.2011. Er räumt ein, dass dies ein ungewöhnliches Vorgehen sei, aber der Zeitdruck es erfordere.

Der Kabinettsentwurf werde im Landtag nicht unkritisch gesehen. Teilweise werde die Beitragsfreiheit für das erste statt für das letzte Kindergartenjahr gewünscht. Falls es zu einem anderen Ergebnis komme, solle nach den Sommerferien erneut beraten werden.

Frau Birkhahn spricht sich hinsichtlich der Landesgesetzgebung für Gründlichkeit vor Schnelligkeit aus. Inhaltlich könne mit Blick auf die ausstehende Entscheidung im Landtag vorerst nichts Weiteres beigetragen werden.

Frau Arnkens-Homann begrüßt die geplante Satzungsänderung. Ziel sei, die Eltern umfänglich zu entlasten. Das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen sei der erste Schritt in Richtung komplette Beitragsfreiheit.

Landrat Dr. Gericke stellt heraus, dass die Regelung für Geschwisterkinder (Ermäßigung in Höhe von 70% für das Geschwisterkind, für das sich der höchste Beitrag ergibt) nach dem Satzungsentwurf sehr großzügig sei. In anderen Kreisen werde dies restriktiver gehandhabt und er habe auch Kritik an der prozentualen Bemessung wahrgenommen. Landrat Dr. Gericke fügt hinzu, dass es angebracht sei, schnell zu handeln, um die Eltern zügig zu entlasten.

Herr Möllmann gibt zu bedenken, dass die Entlastung an sich positiv sei, jedoch die Kinder, welche die Wohltaten spüren sollten, später die Schulden bezahlen müssten.

Beschlussvorschlag:

Die Satzungsänderung wird beschlossen. Sie wird erst dann veröffentlicht, wenn der Landtag den vorliegenden Kabinettsentwurf zur Ersten Änderung des KiBiz verabschiedet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Änderung der Satzung zur Erhebung und zur Höhe von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in der Kindertagespflege (Kindertagespflege-Beitragssatzung)	075/2011
----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die Satzungsänderung wird beschlossen. Sie wird erst dann veröffentlicht, wenn der Landtag den vorliegenden Kabinettsentwurf zur Ersten Änderung des KiBiz verabschiedet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7. Vorstellung des Erfahrungsberichts Rettungswesen 2010**101/2011**

Herr Dr. Hansen stellt den Erfahrungsbericht Rettungswesen 2010 anhand der als **Anlage 3** beigefügten Powerpointpräsentation vor.

Des Weiteren beantwortet er die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 27.06.2011.

In 2010 wurden ein hauptamtlicher Mitarbeiter sowie drei weitere Jahrespraktikanten eingestellt. In 2011 erfolgte eine weitere Aufstockung der hauptamtlichen Mitarbeiter um vier (ein Mitarbeiter in Ostbevern), sodass jetzt 49 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt sind. Ferner haben sich aufgrund Internetanzeigen des Kreises und Annoncen in der Zeitung 17 Jugendliche für ein freiwilliges soziales Jahr beim Kreis beworben. Von diesen 17 Jugendlichen beginnen zwei ihr freiwilliges Jahr am 01.08.2011, vier weitere am 01.09.2011. Damit ist der Bedarf von sechs Mitarbeitern für die Besetzung der drei kreiseigenen KTW's gedeckt.

Auf Nachfrage von Frau Lindstedt führt Herr Dr. Hansen aus, dass mittelfristig genügend sonstige Kräfte zur Verfügung stünden. So hätten sich für das Jahr 2011 6 junge Menschen um ein Freiwilliges Soziales Jahr beworben. Diese würden nun auf Krankentransportwagen eingesetzt. FSJ-Kräfte seien zudem vorteilhafter als Absolventen des bisherigen Zivildienstes, da das Freiwillige Soziale Jahr länger dauere. Bisher liege eine Bewerbung um einen Platz im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes vor.

Auf Nachfrage von Frau Arnkens-Homann, wie mit der rückläufigen Zahl Ehrenamtlicher umgegangen werde, antwortet Herr Dr. Hansen, dass die FJS-Kräfte diesen Mangel derzeit kompensierten.

Der Rückgang bei den Ehrenamtlichen sei damit zu erklären, dass die Bezahlung auf eine Verpflegungs- und eine allgemeine Pauschale zurückgefahren worden sei, um dem Status gerecht zu werden.

Frau Arnkens-Homann führt an, dass die Einhaltung der Hilfsfrist von 12 Minuten bei Notfalleinsätzen insbesondere am Einsatzort Everswinkel mit 70,61 % zu niedrig sei. Daher werde dringend das in Auftrag gegebene Gutachten zum Rettungswesen benötigt.

Herr Dr. Hansen teilt mit, das Gutachten werde voraussichtlich Ende 2011 bis Anfang 2012 vorliegen, da der erforderliche Datenabgleich sehr umfangreich sei.

Im Rettungsdienstbedarfsplan hat die Verwaltung bereits darauf reagiert. Dort ist eine Erweiterung der Dienstzeiten für die Rettungswache Ostbevern von 18.30 Uhr bis 22.00 Uhr enthalten sowie eine Anwesenheit eines Notarztes mit dazugehörigem NEF in der Rettungswache Telgte rund um die Uhr. Eine Umsetzung würde auch die Eintreffzeiten in Everswinkel verkürzen. Der Kreistag habe diese Maßnahmen beschlossen. Allerdings hätten sich die Krankenkassen damit nicht einverstanden erklärt, sodass das Weitere im derzeitigen Gutachterverfahren geklärt werden müsse.

Des Weiteren betont der Landrat bzgl. der Veränderungen bei der Hilfsfrist, dass sich

die Qualität des Rettungsdienstes nicht verschlechtert habe. Lediglich die statistische Erfassung und Auswertung habe sich geändert, sodass die Ergebnisse nicht mehr eins zu eins mit denen der Vorjahre vergleichbar seien. Auch seien früher Definitionen uneinheitlich gewesen. Der Landesfachbeirat für den Rettungsdienst habe nunmehr aber eine Empfehlung zur Berechnung der Hilfsfrist gegeben.

Landrat Dr. Gericke führt an, dass in einem Flächenkreis die Eintreffzeit nie so kurz wie in einem Oberzentrum sein könne.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8.	Beteiligung der ECOWEST GmbH an der DIESELWEST GmbH	089/2011
----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Beteiligung der ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH an der DIESELWEST GmbH in Höhe von 37.650 Euro (25,1 % des Stammkapitals) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
-----------	--

080/2011

Beschlussvorschlag:

Der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

10.	Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland - Stellungnahme Kreis Warendorf	077/2011
-----	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke weist auf die am 28.06.2011 versandten ergänzenden Unterlagen hin.

Herr Hild erläutert, dass seine Fraktion das grundsätzliche Bekenntnis zum Ausbau der Windkraft unterstütze. Die Ausweitung des Naturschutzes nach dem Regionalplanentwurf heiße er nicht gut. Diese stelle einen Eingriff in die Planungshoheit der Städte und Gemeinden dar und schade der Verkehrsinfrastruktur. Richtig sei auch, die unkonventionellen Gasvorkommen neu mit aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Der anliegenden Stellungnahme zur Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

11.	Antrag der Stadt Ennigerloh auf Bezuschussung eines Radweges	091/2011
-----	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Das Brückenbauwerk in Ennigerloh-Ostenfelde über den "Beilbach" im Zuge des Radwegebaues entlang der K 8 wird mit 50% der nachgewiesenen Kosten, maximal mit 25.000 €, bezuschusst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

12.	Verwendung der Mittel nach § 11 a ÖPNV-Gesetz (Ausbildungsverkehr-Pauschale) - Allgemeine Vorschrift für die Förderung	039/2011
-----	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Der Allgemeinen Vorschrift gem. § 11a ÖPNVG NRW / Art. 3 Abs. 2 VO 1370/2007 wird zugestimmt.
2. Von den gemäß § 11a ÖPNVG NRW vom Land NRW zur Verfügung gestellten Mitteln sind in 2011 mindestens 95 % an die konzessionierten Busunternehmen weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

13.	Verwendung der Mittel nach § 11 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz (ÖPNV-Pauschale) - Förderrichtlinie	040/2011
-----	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Richtlinie zur ÖPNV-Förderung gem. § 11 (2) ÖPNVG NRW wird in ihren Grundzügen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

14.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	094/2011
-----	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke sagt zu, dass nach Absprache mit Frau Arnkens-Homann im nächsten Gremiendurchlauf die Nachbesetzung für den am 30.06.2011 verstorbenen sachkundigen Bürger Albert Pott erfolge.

Beschlussvorschlag:

I. Nachbesetzung von Ausschüssen:

Frau Ulrike Hübel-Witulski wird für Frau Bettina Zöller als Mitglied in den **Ausschuss für Schule, Kultur und Sport** gewählt.

II. Nachbesetzung von Gremien:

Bürgermeister Benedikt Ruhmüller wird für Stadtkämmerer Klaus Muermans als Vertreter der Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf in den **Aufsichtsrat der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)** entsandt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

15.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Carsharing	102/2011
-----	---	-----------------

Frau Lindstedt erläutert den Antrag ihrer Fraktion zum Carsharing.

Herr Dr. Funke legt die Erwägungen der Verwaltung dar. Diese sind auf Bitte von Frau Lindstedt als **Anlage 5** beigelegt.

Herr Dr. Funke führt aus, dass die Verwaltung den Vorschlag, ein Carsharing einzuführen, sorgfältig geprüft habe. Im Ergebnis könne die Anregung jedoch nicht umgesetzt werden, da die in Warendorf angesiedelte Carsharinganbieterin keinen Bedarf für den Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeugs sehe. Der eigene Fahrzeugbestand sei ausgelastet und könne nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Verwaltung strebe an, den öffentlichen Personennahverkehr und u.a. 3 neue Dienstfahräder verstärkt zu nutzen, um Umwelt und Ressourcen zu schonen.

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

16.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Belieferung der Kreisimmobilien mit Ökostrom	093/2011
-----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (**Anlage 1**) sowie auf die Erläuterungen der Verwaltung wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

17.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zu RWE-Gremien	097/2011
-----	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke äußert, dass er als Vertreter des Kreises Warendorf im kommunalen Beirat Nord der RWE AG sowie im Beirat RWE Effizient GmbH gerne auf eine verstärkte Förderung erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz hinwirken werde, zumal die Energiewende nunmehr auch gesetzlich verankert sei.

Er sehe in diesen Bereichen bei der RWE AG noch Potential, stärkere Signale zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (**Anlage 1**) wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

18.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Erstellung eines Kreientwicklungsprogramms	109/2011
-----	--	-----------------

Herr Hild erläutert den Antrag seiner Fraktion zum Kreientwicklungsprogramm. Das Kernanliegen sei, dass sich der Kreis Warendorf für die Zukunft noch besser aufstelle, vor allem vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Die Ergebnisse sollten eine Grundlage für eine Fachdiskussion liefern.

Herr Ommen stimmt zu, dass Handlungsbedarf bestehe. Eine Platzierung im Mittelfeld sei für den Kreis Warendorf kein herausragendes Ergebnis. Ende September solle ein Zwischenbericht im Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung vorgelegt werden.

Auf Nachfrage von Frau Lindstedt wird erläutert, dass die Prüfung nur die Bereiche umfasse, die den Kreis tangieren. Die Ressourcen sollen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 festgelegt werden.

Landrat Dr. Gericke ergänzt, dass auch die Bürger bei der Erstellung des Kreientwicklungsprogramms beteiligt werden sollen. Bis zum Jahresende solle der Arbeitsumfang feststehen.

Auf den beiliegenden Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10:50 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

In Vertretung
Dr. Heinz Börger
Kreisdirektor und Schriftführer